

Inklusion/Exklusion: Das AFK-Jahreskolloquium 2014



Ein Tagungsbericht von Daniel Katzorke

Das 46. Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) wurde in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Villigst durchgeführt und fand vom 3. bis 5. April 2014 in deren Räumlichkeiten in Schwerte statt. Gefördert wurde die Tagung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und den NOMOS-Verlag.

Begrüßung und Einführung

Das diesjährige Kolloquium beschäftigte sich mit den gesellschaftlichen Mechanismen der Inklusion und Exklusion und betrachtete diese Thematik aus zwei Perspektiven: Zum einen wurde die Bedeutung von In- beziehungsweise Exklusion vor, während und nach Konflikten thematisiert, zum anderen deren Rolle im akademischen und pädagogischen Betrieb erörtert. Durch die konfliktfördernde Wirkung, die der soziale, ökonomische oder politische Ausschluss gesellschaftlicher Gruppen haben kann, aber auch die Berührungspunkte, die Lehre und Forschung mit Inklusion und Exklusion haben, erhielt das Thema des Kolloquiums besondere Relevanz. Fragen nach der Gestaltung von Friedensabkommen oder der integrativen Wirkung der institutionellen Aufarbeitung eines Konfliktes standen dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Debatte um exkludierende Mechanismen im Wissenschaftsbetrieb oder verschiedene Ansätze einer pädagogischen Annäherung an diese Begrifflichkeiten.

Uwe Trittman, Studienleiter der Evangelischen Akademie Villigst, betonte in seinen das Kolloquium einläutenden Worten, dass die diesjährige Thematik „Inklusion/Exklusion“ weit interpretierbar sei und über die Frage nach Krieg und Frieden hinausgehe. Die Vorsitzende der AFK, *Dr. Regine Mehl*, spannte in ihrer nachfolgenden Rede den Bogen zu dem angespannten Verhältnis zwischen Russland und den Staaten des NATO-Bündnisses. Doch nicht nur Beobachtungen auf der Makro-Ebene waren Inhalt des Kolloquiums. Auch die Meso- und Mikro-Ebene wurden in den verschiedenen Panels thematisiert.

Nach dem Eröffnungsvortrag und der 20. Verleihung des AFK-Nachwuchsförderpreises sollen hier das Treffen der AFK-Arbeitskreise und die Podiumsdiskussion zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses besprochen werden. Anschließend wird ein Einblick in die neun thematischen Panels gewährt. Der Tagungsbericht schließt mit dem Abschlussplenum zu den ausgrenzenden Migrationsrealitäten in Deutschland und Europa.

Eröffnungsvortrag/Key-Note

Eröffnet wurde das Kolloquium durch einen Vortrag von *Prof. Tom Lodge* (University of Limerick), der sich mit „Inclusion and Exclusion in South African Politics since Apartheid“ auseinandersetzte. Lodge betonte, dass Südafrika oftmals als Archetypus für politische Übereinkünfte gelte. Dabei seien vier Ebenen zu betrachten: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und die nationale Identität. Die key terms der Übereinkunft von 1994 seien stark inkludierend gewesen. Man habe von Strafen sowohl für die alten Eliten als auch für die zur Zeit der Apartheid bereits im Staatsdienst stehenden Beamt*innen abgesehen und diese zum Teil sogar in ihren Positionen belassen. Die neue Nationalhymne basiere auf zwei älteren

Hymnen, die jeweils unter der schwarzen Bevölkerung beziehungsweise den Buren verbreitet waren. Auch das Wahlsystem beinhalte starke inklusive Elemente. Eine Sperrklausel gebe es nicht, die Zahl der Sitze im Parlament sei proportional zu der Anzahl der Wählerstimmen. Auf der Ebene der Wirtschaft lasse sich feststellen, dass es zu einer starken Ausdehnung der Mittelklasse gekommen sei. Inzwischen käme die Mehrzahl der Studierenden aus der schwarzen Bevölkerungsgruppe. Nichtsdestotrotz sei die soziale Ungleichheit, vor allem durch das Aufkommen einer schwarzen Mittelklasse, bemerkenswert. Bei anhaltender hoher Arbeitslosenquote besteht, so Lodge, die Gefahr, dass die wachsende Unzufriedenheit und der damit einhergehende Druck auf den African National Congress (ANC) den bereits bestehenden Trend zu autoritären Reaktion der Regierung bestärke.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Frage nach der Akzeptanz der Amnestie in der schwarzen Bevölkerung aufgeworfen. Zudem war die Rolle des ANC und dessen Umgang mit politischen Gegner*innen Gegenstand des Interesses. Lodge bescheinigte dem ANC immer noch Probleme damit zu haben, andere Parteien nicht als „Feind“ zu betrachten.

Verleihung des Christiane Rajewsky-Preises 2014 und Gesprächsrunde „Nachwuchsförderung damals und heute“

Nach einer kurzen Eröffnung von *Dr. Regine Mehl* erinnerte *Dr. Alice Rajewsky* an das Wirken ihrer Mutter, die sich nicht nur zeitlebens für die Belange des wissenschaftlichen Nachwuchses engagiert, sondern sich vor allem gegen Widerstände für Zivilcourage und Pazifismus eingesetzt habe. So habe sie sechs Jahre ohne viel Unterstützung um die Institutionalisierung der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf gerungen, die erst 1994, nach ihrem Tod, als „Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus“ anerkannt wurde.

Die Laudatio für die diesjährigen drei Preisträger*innen hielt *Prof. Dr. Claudia von Braunmühl* (FU Berlin) als Vorsitzende der Jury. Nach einer kurzen Darstellung des Selektionsverfahrens beschrieb von Braunmühl das „Trilemma“, das zu der Würdigung dreier Preisträger*innen geführt habe. Alle drei Arbeiten hätten unterschiedlichen Bedingungen unterlegen, weshalb die Auswahl nur einer der Arbeiten den anderen nicht gerecht geworden wäre.

Simon Ullrich hob in seiner im Namen des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) gehaltenen Rede vor allem die Entwicklung des vom HIK entworfenen Konfliktbarometers hervor, das zu Beginn noch aus acht Seiten bestand und inzwischen eine 120 Seiten lange Publikation ist. *Nina Grellmann* (Universität Tübingen) stellte das in ihrer Masterarbeit „The Banking Sector – financing or preventing conflict? Integrating conflict prevention into banks' Corporate Social Responsibility (CSR)“ entworfene Modell vor, mit dem untersucht werden könne, was der Bankensektor zur Konfliktprävention beitragen kann. Thema der Dissertation „Präsenz der Abwesenheit. Die Verschwundenen Mexikos zwischen Dehumanisierung und Rehumanisierung“ von *Dr. Sylvia Karl* (Universität Marburg) war die Praxis des Verschwindenlassens als Akt staatlich gesteuerter Gewalt in Mexiko. Ihre Arbeit habe, so Karl, durchaus Berührungspunkte mit dem Thema des Kolloquiums. So sei die De-Humanisierung der Verschwundenen eine Form der Exklusion und die Re-Humanisierung, das Sichtbarmachen der Opfergruppen, könne inkludierend in die post-konfliktive Gesellschaft wirken.

In der anschließenden Gesprächsrunde mit *Prof. Dr. Christoph Weller* (Universität Augsburg), *Prof. Dr. Klaus Rajewsky* (Berlin), *Dr. Alice Rajewsky* (Brüssel) und *Farhood Badri* (Universität Gießen) stellte Christoph Weller fest, dass ein Nachwuchsförderpreis sowohl aus der Perspektive des Nachwuchses als auch

aus der der etablierten Wissenschaft betrachtet werden müsse. Letztere könne durch einen Förderpreis auf innovative und provokative Arbeiten hingewiesen werden. Auch könne eine Auszeichnung wie der Christiane-Rajewsky-Preis Themen in den Vordergrund rücken, die im wissenschaftlichen Mainstream ein Schattendasein führten. Farhood Badri bestätigte, dass die Anerkennung, die mit einer solchen Auszeichnung einhergehe, eine größere Wertigkeit besitze, als zum Beispiel der materielle Gewinn. Einigkeit herrschte zudem über den Nachholbedarf im sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich bei Förder- und Graduiertenschulen, die sich, wie Klaus Rajewsky zu berichten wusste, vor allem in den Vereinigten Staaten als wirksames Instrument der Nachwuchsförderung erwiesen hätten.

Treffen der Arbeitskreise der AFK

Frauen in der Friedensforschung

Das Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen diene dem Kennenlernen, dem Austausch und der Vernetzung. Die Teilnehmerinnen betonten, wie wichtig der persönliche Kontakt sowie der kontinuierliche Austausch und die Vernetzung über die Mailingliste für die inhaltliche ebenso wie für die karriere-strategische Zusammenarbeit sind. Nach einer Kennenlernrunde stellten *Dr. Bettina Engels* und *Dr. Claudia Brunner* ihren Bericht als AFK-Frauenbeauftragte (2012-2014) vor, der auch im AFK-Vorstandsbericht nachzulesen ist. Für die kommende Amtszeit (2014-2016) erklärten *Claudia Simons* (zuvor Sprecherin junger Wissenschaftler*innen in der AFK) und *Dr. Cordula Dittmer* (beide Berlin) ihr Interesse an einer Kandidatur als Frauenbeauftragte. Seitens der anwesenden Forscherinnen bestand großes Interesse an einem möglichen dritten Workshop des Netzwerks zur geschlechtersensiblen/feministischen Friedens- und Konfliktforschung sowie einer möglichen darauf aufbauenden Publikation. Die Friedensforscherinnen forderten einstimmig und mit Nachdruck, die Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen während der AFK-Kolloquien zukünftig wieder in einem Zeitraum stattfinden zu lassen, in dem keine anderen Veranstaltungen (weder Panel noch AK-Treffen) parallel liegen.

Curriculum

Während des Treffens befasste sich der Arbeitskreis mit dem Thema Berufsberatung für Master-Studierende. *Julika Bake* (Universität Augsburg) stellte das Konzept und den Verlauf einer eintägigen Zukunftswerkstatt vor, die sie mit Augsburger Studierenden durchgeführt hatte. Im Zentrum standen dabei weniger die klassischen Berufswahlthemen als vielmehr die persönlichen Interessen, Neigungen und Vorlieben der Studierenden. Der Ansatz stieß bei den Teilnehmer*innen auf großes Interesse. Anwendungs- und Umsetzungsmöglichkeiten wurden ausgiebig diskutiert.

Kultur und Religion

Nachdem ein 2011 beschlossenes Projekt – die Durchführung eines Workshops zum Thema „Religion und Spiritualität in der Friedens- und Konfliktforschung“ – auf Grund verschiedener Schwierigkeiten, Terminkollisionen und anderweitiger Verpflichtungen der Mitglieder des Arbeitskreises, bisher nicht durchgeführt werden konnte, wurden 2013/14 prospektive Kontakte zu Prof. Dr. Wolfgang Dietrich (Universität Innsbruck) und Prof. Dr. Werner Wintersteiner (Universität Klagenfurt) geknüpft. Zudem konnte *Dr. Norbert Koppensteiner* (Universität Innsbruck) als Sprecher des Arbeitskreises für den Zeitraum 2014 bis 2016 gewonnen werden. Die Teilnehmer*innen diskutierten über die Möglichkeiten, sich mit anderen thematischen Arbeitsgruppen zu vernetzen sowie Themenhefte zu publizieren und zukünftige Kolloquien mit einschlägigen Fragestellungen zu gestalten.

Wissenschaft und Praxis

Nach einer Begrüßung und Einführung durch *Antje Holinski* (Universität Magdeburg) präsentierte *Natascha Zupan* (FriEnt, Bonn) eine praktisch orientierte Perspektive auf Potentiale und Grenzen einer engeren Kooperation zwischen Forschung und Praxis im Feld developmentspolitischer Friedensförderung. In ihrem Vortrag hob sie besonders den Bedarf an Institutionen und Akteuren auf der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis hervor. Diese könnten wichtige Transferleistungen bieten. Zudem fehle es häufig an einer praxis- und policy-relevanten Ausrichtung der kritischen Erforschung gängiger Diskurse und Paradigmen. Als Gründe für die ungenutzten Kooperationsmöglichkeiten könnten vor allem in Deutschland die Undurchlässigkeit der Systeme und schwer vereinbare Arbeitsrealitäten ausgemacht werden. Besonderer Schwerpunkt in der anschließenden Diskussion war die Frage, wie sich die von Natascha Zupan identifizierten Hemmschwellen eines intensiveren Austausches aktiv senken lassen. Zu den Vorschlägen aus dem Teilnehmer*innenkreis zählten die effektivere Nutzung gemeinsamer Foren, die Einrichtung eines interaktiven virtuellen Handbuchs (Wiki) zur Reflexion dominanter Konzepte in der Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit und eine Selbstverpflichtung von Friedens- und Konfliktforscher*innen zu mehr Praxisbezug. Im Konsens wurde die weitere Stärkung beidseitiger Dialogprozesse begrüßt.

Impulsvortrag und Podiumsdiskussion: Gekommen, um zu bleiben? Inklusion und Exklusion junger Nachwuchswissenschaftler*innen in Hochschule und Forschung

Wiebke Esdar (GEW/Universität Bielefeld) eröffnete die, vom AFK-Sprecher junger Wissenschaftler*innen *Farhood Badri* (Universität Gießen) moderierte, Diskussion mit einem Impulsvortrag, in dem sie sich mit der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den deutschen Universitäten auseinandersetzte. So gebe es einen „deutschen Sonderweg“, der – verglichen z.B. mit Frankreich und Großbritannien – viele befristete Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, aber nur wenige Professuren vorsehe. Es manifestiere sich zudem ein Trend zu immer weniger unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Habe das Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Stellen im Jahr 2000 noch bei eins zu vier gelegen, seien 2010 auf eine unbefristete Stelle bereits neun befristete gekommen. Dies liege zum einen an dem gestiegenen Drittmittelvolumen, das eine langfristige Planung durch die Universitätsleitungen kaum mehr möglich mache, zum anderen am Wissenschaftszeitvertragsgesetz von 2007. Über die Hälfte aller an Hochschulen angestellten Wissenschaftler*innen habe außerdem noch nicht einmal einen Vertrag, der eine längere Laufzeit als 12 Monate aufweise. Dazu komme eine übermäßige Arbeitsbelastung, wobei für eine auf 20 Wochenstunden ausgeschriebene Stelle im Durchschnitt 39 Stunden gearbeitet werde. Esdar kritisierte zudem die Eindimensionalität einer akademischen Laufbahn in Deutschland, die auf die Professur zugeschnitten sei und keine alternativen Karrieremöglichkeiten aufweise. Eine Umfrage unter 695 Nachwuchswissenschaftler*innen habe zudem ergeben, dass sich eine Mehrheit durch Zielkonflikte, am häufigsten dem zwischen Forschungs- und Lehrziel, belastet fühle. Als Reaktion darauf finde die Forschung zunehmend „in der Freizeit“ statt, was de facto eine Ausweitung der Arbeitszeit bedeute. Handlungsbedarf sieht Esdar auf allen politischen Ebenen, aber auch bei den Hochschulen, die zum Beispiel durch die Implementierung eines Code of Conduct dieser Problematik begegnen könnten.

In der daran anschließenden Podiumsdiskussion herrschte überwiegend Einigkeit, dass die im Impulsvortrag skizzierte Trends bezüglich der Inklusion von Nachwuchswissenschaftler*innen an Hochschulen kritisch zu betrachten seien. *Dr. Anke Burkhardt* (Universität Halle-Wittenberg) merkte jedoch an, dass eine ausschließliche Fokussierung im wissenschaftlichen Betrieb auf sozialversicherungspflichtige Jobs zwiespältig sei und einer der Stärken des deutschen Hochschulsystems, der Flexibilität, entgegenstehe. Begründete Ausnahmen sollten deswegen immer zugelassen werden. Zudem sei zwar die Unzufrieden-

heit mit den Beschäftigungsbedingungen unter jungen Wissenschaftler*innen gestiegen, die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen aber konstant hoch. *Dr. Ulle Jäger* (Universität Basel/Frankfurt a. M.) ergänzte zudem, dass neben dem Zielkonflikt zwischen Forschungs- und Lehrziel auch der zwischen Beruflichem und Privatem eine erhebliche Rolle spiele. In ihrer Tätigkeit als Therapeutin habe sie weiterhin eine Zunahme des Drucks auf beide Geschlechter in den letzten zehn bis 15 Jahren feststellen können. Auf die abschließende Frage *Badris*, inwiefern der Einsatz eines Verbandes wie der AFK für den wissenschaftlichen Nachwuchs von Relevanz sei, bestätigte *Wiebke Esdar* dessen Bedeutung, da wissenschaftliche Vereinigungen mehr Gehör im politischen System fänden.

Panel: Soziale Exklusion und Inklusion: Die Rolle der Friedenspädagogik

Alexander Thattamannil-Klug (Universität Marburg) beschäftigte sich in seinem Paper mit dem Zusammenhang der Friedenspädagogik und der Diskriminierungsproblematik. Er griff die Frage *Dieter Senghaas'* nach der Möglichkeit einer Erziehung zum Frieden in einer Welt organisierter Friedlosigkeit auf und versuchte, diese im Kontext gegenwärtiger Konzepte der organisierten Friedlosigkeit zu beantworten. Oben genannter Begriff werde von *Senghaas* auf viele gesellschaftliche Verhältnisse ausgeweitet, was allerdings nicht auf eine Beliebigkeit des Terminus hindeute, sondern vielmehr auf dessen Funktion als allgemeine Zustandsbeschreibung. *Thattamannil-Klug* erweiterte diesen im Hinblick auf Diskriminierung, insbesondere Rassismus, die er als Ursache für gesellschaftliche Exklusion sieht. Rassismus diene allerdings auch als strukturierender Raum, in dem sich der Mensch positioniere. Dies engte auf der einen Seite die Handlungsspielräume, vor allem weißer Pädagog*innen ein, eröffne auf der anderen Seite aber Möglichkeiten für Lernprozesse.

Barbara Jost (Reinach, Schweiz) setzte sich in ihrem Beitrag mit der Inklusion von Migrant*innen in das Schulsystem in der deutschsprachigen Schweiz auseinander. Inklusion sei in der Schweiz durch den Beitritt zur Behindertenkonvention im November 2013 zum Begriff in der Bildungslandschaft geworden. Während Integration bei dem Recht auf Teilhabe verweile, bedeute Inklusion das Recht auf Selbstbestimmung und Chancengleichheit. Insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund gebe es bezüglich der Inklusion in der Schweiz bisher nur kleine Fortschritte. Aus diesem Grund plädierte *Jost* dafür, den erweiterten Gewaltbegriff *Johan Galtungs* auch für Schulen zu postulieren und eine sogenannte „Gewaltfreie Erziehung“ im Unterricht zu implementieren, die, ausgerichtet auf Respekt, Gleichwertigkeit, Mitbestimmung, auf individueller, sozialer sowie struktureller Ebene ansetzt. Zudem müssten selbstverständliche Praktiken im Bereich der Schulstrukturen hinterfragt werden, da diese mitunter verantwortlich für Exklusion seien.

Den Ansatz einer „Friedenspädagogik mit einer systematischen Entwicklung in lokalen Einheiten“ in Hamburg stellte *Dieter Lünse* (IKM, Hamburg) in seinem Paper vor. Dieser arbeite auf der persönlichen Ebene, der Gruppenebene und der lokalen Ebene. Auf der persönlichen Ebene setze der Ansatz zum Beispiel auf den Einsatz von Streitschlichter*innen, die in ihrer Arbeit vor allem auf den Umgang mit Gefühlen setzten, um die Konfliktparteien für die Lage der jeweils anderen zu sensibilisieren. Auf der Gruppenebene, die in erster Linie an Schulen ansetze, gehe es vor allem um die Identifizierung der Orte, an denen Gewalt statfinde. Die Schüler*innen sollten über ihr Verständnis von Gewalt reflektieren und über diesen Prozess eigene Wissenslücken identifizieren. Dadurch sollten strukturelle Probleme für Gewalt beseitigt werden. Der Ansatz auf der lokalen Ebene sehe die Bildung eines Runden Tisches für jeden Stadtteil vor, der sich mit Definitionen von Gewalt, räumlicher Orientierung und dem Aufbau einer Kultur der Gewaltfreiheit beschäftige. Durch dieses Projekt solle unter anderem der Entwicklung von Alltagsrassismus entgegen gewirkt werden.

Panel: Das Friedensgutachten 2013: Neue Kriege, neue Rüstung, neue Rüstungsmärkte

Prof. Dr. Conrad Schetter (BICC, Bonn) leitete als Moderator das Panel zum Friedensgutachten 2013.

Der Anspruch des Friedensgutachtens sei, wie *Dr. Bruno Schoch* (HSFK/Frankfurt a.M.) in seinem Vortrag zu verstehen gab, Forschungsergebnisse gebündelt der Öffentlichkeit zu präsentieren, anstatt Grundlagenforschung zu betreiben. Die Einigung auf klare Statements und Stellungnahmen sei bei mehreren Herausgeber*innen allerdings nicht immer einfach. Die Herausforderung für die Publizierenden liege vor allem darin, die Lesbarkeit der Artikel für die Zielgruppe – deutsche politische Entscheidungsträger*innen – durch das Kürzen der Empirie zu erhöhen. Den Gutachtencharakter der Einzelbeiträge, die ein sehr aufwändiges Kommentierungsverfahren unterlaufen, solle das Friedensgutachten bewahren. Durch die Einladung auf die Bundespressekonferenz und in die Ausschüsse des Bundestags sei eine intensive Lektüre vor allem durch die Planungsstäbe, zum Beispiel des Auswärtigen Amts, wahrscheinlich.

Den Schwerpunkt des Friedensgutachtens, „Neue Kriege, neue Rüstung, neue Rüstungsmärkte“, stellte *Dr. Marc von Boemcken* (BICC, Bonn) vor und hob insbesondere zwei Themen hervor. Durch den Einsatz von Drohnen sei der Krieg gegen den Terror in eine neue Phase getreten, in dem es darum gehe, „in gefährlichen Räumen Risiken zu minimieren“. Entscheidungen über Leben und Tod würden nicht mehr von Menschen, sondern von Algorithmen getroffen. Dies sei politisch und ethisch inakzeptabel und berge die Gefahr einer „Automatisierung des unerklärten Krieges“. Der zweite Schwerpunkt des Gutachtens liege auf den deutschen Rüstungsexporten. Die Bundesregierung verfolge mit ihrer Politik diesbezüglich nicht unbedingt strategische Ziele, sondern komme auch den Bedürfnissen der Rüstungsindustrie entgegen. Anstatt ausgemusterte Waffen zu exportieren, sollten diese besser verschrottet werden, so von Boemcken. Zudem könnten Rüstungskapazitäten in zivile Kapazitäten umgewandelt werden, da die hochqualifizierten Ingenieur*innen der Rüstungsindustrie auch auf dem zivilen Markt Arbeit fänden.

Jan Grebe (BICC, Bonn) thematisierte den Beitrag zur Aufrüstung und den Eskalationsrisiken im Südchinesischen Meer. Der Artikel untersuche die politischen Dynamiken und rüstungspolitischen Konsequenzen der Ereignisse in der Region. Die Überlappung von territorialen Ansprüchen und unklarem Seerecht förderten die Eskalationsgefahr und gestalteten friedliche Verhandlungen als schwierig. Zudem übten sich die Anrainerstaaten in (rhetorischen) Provokationen und Aufrüstungen der Marinestreitkräfte. Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) sei in ihren Interessen zu heterogen, um diesen Konflikt regulieren zu können. Mögliche Konfliktregelungsansätze seien in erster Linie bilaterale Verhandlungen, da ein Modus für multilaterale Verhandlungslösungen bisher nicht gefunden worden sei. Die Ausformulierung einer gemeinsamen Position gegenüber China innerhalb der ASEAN und damit deren Aufwertung als regionaler Akteur, sei ebenfalls ein Ansatz für eine deeskalierende Konfliktregelung.

In der anschließenden Diskussion wurde die Schwerpunktsetzung auf Rüstungsexporte als wichtiges Thema für die Friedens- und Konfliktforschung gewürdigt. Gleichzeitig wurde angemerkt, dass auch zivilgesellschaftliche Initiativen und ökonomische Verflechtungen bei der Thematik der Rüstungsexporte beachtet werden müssten.

Panel: Inklusion und Exklusion nach Bürgerkriegen

Unter der Moderation von *Prof. em. Dr. Lothar Brock* (Universität Frankfurt a.M.) wurden in diesem Panel zwei Forschungsprojekte vorgestellt.

Dr. Stephan Hensell von der Universität Hamburg eröffnete das Panel mit einem Bericht über ein bereits abgeschlossenes Forschungsprojekt, in dem er sich mit der Inklusionsproblematik von Rebellen Gruppen nach Beendigung des Bürgerkrieges beschäftigt hat. Die Frage nach der Formierung politischer Eliten in der Nachkriegsgesellschaft war Kern des Projektes. Dabei geht Hensell, in Anlehnung an Pierre Bourdieu, von der Nachkriegsgesellschaft als „sozialem Raum“ aus, in dem soziales, kulturelles, ökonomisches und symbolisches Kapital über Erfolg und Misserfolg entscheide. Die Ausstattung mit einer Vielfalt von Kapital sei für Rebell*innengruppen in einer Nachkriegsgesellschaft entscheidend, die Möglichkeiten dieses Kapital einzusetzen aber durch Opportunitätsstrukturen begrenzt. Hensells These zufolge ist der Erfolg von Rebell*innengruppen in der Nachkriegsgesellschaft in erster Linie abhängig von Machtmitteln, die sie nach dem Krieg gewinnen. Anhand der Beispiele Liberia und Kosovo untersuchte er dies in einer Fallstudie. In beiden Ländern sei die Ausgangsposition ähnlich gewesen, die „Karrierpfade“ der Rebell*innengruppen jedoch unterschiedlich verlaufen: Während die „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK) den Aufstieg in die kosovarische Elite vollziehen konnte, sei keiner der beiden ehemaligen liberianischen Rebellen Gruppen, der „Liberians United for Reconciliation and Democracy“ (LURD) und des „Movement for Democracy in Liberia“ (MODEL), die Umwandlung zu einer gewichtigen politischen Partei gelungen. Dies liege an den unterschiedlichen Bedingungen in der Nachkriegsgesellschaft, die die Transformation des in beiden Fällen ausreichend vorhandenen symbolischen Kapitals in die anderen Kapitalformen beeinflusst hätten.

Dr. Thorsten Gromes (HSFK, Frankfurt a.M.) Beitrag behandelte die Frage „Wie viel Kompromiss braucht ein stabiler Frieden?“. Da Bürgerkriege die bewaffneten Auseinandersetzungen weltweit dominierten, müsse sich eine Friedens- und Konfliktforschung mit Praxisanspruch nicht nur der Frage widmen, wie Kriege ausbrechen, sondern auch, wie diese dauerhaft beendet werden könnten. Damit beschäftige sich ein laufendes Forschungsprojekt der HSFK, in dem sie 55 Bürgerkriege zwischen 1990 und 2009 anhand verschiedener Faktoren untersuche. Grundsätzlich stelle sich die Frage, welche Art von Frieden erwünschter sei, der Siegfrieden oder der Einigungsfrieden. Der Siegfrieden sei nach mehrheitlichem Befund friedensfördernd, da er erstens die Übermacht einer Seite zeige, zweitens den Sieger*innen mehr Ressourcen verschaffe und den Verlierer*innen zusätzlich schwäche und drittens die unterlegene Partei demoralisiere. Demgegenüber verkörperten Friedensabkommen mit Machtteilung genau das Gegenteil. Sie symbolisierten ein Gleichgewicht der Kräfte, verschafften allen Seiten ungefähr die gleiche Anzahl an Ressourcen und stünden für einen Kompromiss, der die Demoralisierung einer Partei verhindere. Entgegen aller Erwartungen sei aber auch bei einem Friedensabkommen der Rückfall in einen Bürgerkrieg nicht unwahrscheinlich. Dieser Widerspruch lasse sich auflösen, in dem nicht die Art des Kriegsendes in Betrachtung gezogen werden, sondern die Kräfteverhältnisse und Kompromisse, die mit dem Frieden einhergingen. So sei zum Beispiel ein Ungleichgewicht der Kräfte vor allem dann friedensfördernd, wenn damit die Umsetzung der Interessen nur einer Seite einherginge. Würden dagegen bei einer starken Machtbündelung viele Kompromisse geschlossen, so erhöhe dies die Rückfallwahrscheinlichkeit in einen Bürgerkrieg. Umgekehrt seien Kompromisse bei eher ausgeglichenen Machtverhältnissen friedensfördernd, wengleich sich die Berücksichtigung der Interessen nur einer Seite in diesem Fall negativ auf die Dauerhaftigkeit des Friedens auswirke.

Die abschließende Diskussion schnitt verschiedene Fragen an, unter anderem die nach der Vergleichbarkeit der beiden von Hensell ausgewählten Fälle. Das Selbstverständnis der Rebellen im Kosovo, die sich als Befreiungsbewegung gegen eine Besatzung sahen und eine Sezession anstrebten, und der Gruppen in Liberia sei sehr unterschiedlich gewesen. Zudem wurde diskutiert, inwieweit bei den Kategorien „Siegfrieden“ und „Verhandlungsfrieden“ eine moralische Komponente implementiert ist.

Panel: Inklusion und Exklusion durch Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit

Prof. Dr. Thorsten Bonacker (Universität Marburg) stellte in seiner Einführung heraus, dass Inklusion ein zentrales Thema der Friedens- und Konfliktforschung sei. Teil davon sei unter anderem die Einforderung bzw. Gewährleistung von Rechten. Menschenrechte könnten also ebenfalls als ein Recht auf Inklusion verstanden werden, da sie die Inkludierung des Individuums in den Staat gewährleisten.

Zusammen mit *Judith von Heusinger* und *Dr. Kerstin Zimmer* (beide Universität Marburg) stellte Bonacker auch das erste Paper „Reproduktive Gesundheit in der Weltgesellschaft – im Spannungsfeld von Menschenrechten und Entwicklungsindikatoren“ vor. Reproduktive Gesundheit werde dabei als Zustand des vollständigen seelischen, körperlichen und sozialen Wohlbefindens im Hinblick auf alle Bereiche der Sexualität und der Fortpflanzung der Menschen definiert und ist seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 fest in der internationalen Bevölkerungspolitik verankert. Reproduktive Gesundheit als institutionelles Feld der Entwicklungszusammenarbeit sei dabei insbesondere vor dem Hintergrund von Bevölkerungspolitik und internationalen *Family Planning*-Maßnahmen in den Blick geraten. Durch Geburtenkontrolle sollte, dem malthusianischen Diskurs folgend, Überbevölkerung verhindert und damit zur Armutsbekämpfung beigetragen werden. Dabei hätten in der Vergangenheit vor allem Frauen im Fokus der (oftmals kollektiven) Maßnahmen gestanden, was jedoch wenig Erfolg mit sich gezogen habe. Auf Grundlage der Konferenz von Kairo habe in den 1990er-Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der nun mehr das Individuum in den Mittelpunkt stelle und von der einseitigen Fokussierung auf weibliche Personen abrücke. Dieses breitere Verständnis von reproduktiver Gesundheit sei jedoch mit dem Beginn des neuen Jahrtausends wieder verschwunden und ein reduktionistischer Ansatz, der sich einzig auf den Indikator der Müttersterblichkeit richte, habe sich durchgesetzt.

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka (Universität Bielefeld) stellte einen Beitrag zum Thema „Vernakularisierung indigener Rechte. In- und Exklusion in der umkämpften Umstrukturierung des Staates in Nepal“ vor. Sie stellte fest, dass die titelgebende Vernakularisierung, in dem Fall die Prozesse der Übersetzung globaler Normen in lokale Praktiken, ein fortwährendes Ringen um In- und Exklusion bzw. Zeichen der Umstrukturierung des nepalesischen Staates in der Post-Konfliktsituation sei. Dabei würden verschiedenste Themenfelder berührt: Gender, persönliche Beziehungen, sozio-ökonomische Ungleichheiten, der Stadt-Land-Vergleich oder auch regionale Unterschiede. Die (angestrebte) Transformation – zum einen vom hinduistischen Normengefüge hin zu einer Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle sowie, zum anderen von der Monarchie hin zu einer Demokratie – sei Ausdruck des Verlangens nach Inklusion. Die Benachteiligung der indigenen Bevölkerung in Nepal zeige sich in den Dimensionen Sprache, Religion oder die mangelnde Teilhabe an der nationalen Politik und Verwaltung. Dementsprechend würden Forderungen auf nationaler Ebene vor allem den Wunsch nach stärkerer Repräsentation in Politik und Verwaltung beinhalten. Auf lokaler Ebene werde die Umstrukturierung des Staates mit einer stärkeren Autonomie der einzelnen Regionen verlangt, die von der Identität der jeweiligen Ethnien geprägt sind. Problematisch sei, dass zum Teil keine klaren lokalen Mehrheiten existierten. Außerdem vernachlässige die „ethnische Linse“ sozio-ökonomische Disparitäten, fernab ethnischer Grenzen. Folglich seien auch die Forderungen der indigenen Bevölkerung innerhalb einer Region oftmals stark divergierend.

Panel: Inklusion und Exklusion in Friedensverhandlungen und Transitionsprozessen I

Der erste Teil des zweigeteilten Panels begann mit dem Paper „Transitional Justice and Social Cohesion in Postwar Societies“ von *Elisabeth Bunselmeyer* (GIGA, Hamburg), in dem sie ihr Promotionsprojekt vorstellte. Transitional Justice-Kommissionen könnten sowohl Inklusion fördern als auch, zum Beispiel

durch den Ausschluss einiger Opfergruppen, Konfliktlinien verstärken und damit zur Exklusion beitragen. Auch wenn die Zahl an Forschungsarbeiten diesbezüglich in den letzten Jahren gestiegen sei, existierten immer noch Unklarheiten über die verschiedenen Zusammenhänge und Auswirkungen. Bunselmeyer versuchte am Beispiel des bewaffneten Konflikts in Peru von 1980 bis 2000 darzulegen, inwieweit Versöhnungs- und Wahrheitskommissionen die Entwicklung des Zusammenhalts in einer Gesellschaft negativ und positiv beeinflussen können. Erste deskriptive Ergebnisse zeigten, dass bezüglich der Verantwortlichkeit für die Gewalt kein einheitliches Narrativ in der peruanischen Gesellschaft vorherrsche. Weiterhin gebe es in Regionen mit hoher Betroffenheit trotz der Bemühungen der lokalen Wahrheitskommissionen nur wenig Vertrauen in die Gemeinschaft. In einem cross-country-Vergleich mit sieben weiteren, in der Vergangenheit von bewaffneten Konflikten betroffenen lateinamerikanischen Staaten, sei vor allem auffällig, dass in Honduras (trotz des Fehlens von Wahrheitskommissionen) das Vertrauen in die Gemeinschaft sehr hoch sei. Allerdings müssten für einen tieferen Einstieg in die cross-country-Analyse noch mehr Variablen eingebracht und mehr statistische Methoden verwendet werden, da die Ergebnisse bisher wenig Eindeutigkeit aufwiesen.

Ingo Henneberg (Universität Freiburg) und *Friedrich Plank* (Universität Augsburg) gingen am Beispiel des Comprehensive Peace Agreements (CPA) im Sudan der Frage nach, durch welche Prozesse die Gefahr des Scheiterns eines Power Sharing-Abkommens verringert werden könne. Ein Großteil der innerstaatlichen Konflikte werde nicht mehr durch einen Sieg, sondern durch ein Power Sharing-Abkommen beendet. Viele dieser Friedensprozesse würden jedoch nach spätestens fünf Jahren scheitern. In ihrem Paper „In der Not frisst der Teufel Fliegen? Inklusion/Exklusion in Power Sharing-Abkommen und Friedensprozessen – das Fallbeispiel Sudan“ konzentrierten sie sich auf die Dimensionen der generellen Beteiligung von Konfliktparteien an dem Abkommen, des „inner core“ der Machtteilung sowie der Regelungen, die die unteren Ebenen der Konfliktparteien betreffen. Letztere beide Dimensionen ließen sich zudem noch in die Ebenen „politisch“, „militärisch“, „ökonomisch“ und „territorial“ unterscheiden. Henneberg und Plank stellten die Hypothese in den Raum, dass eine breite Miteinbeziehung aller relevanten Stakeholder ebenso eine stabilisierende Wirkung aufweise wie die Verteilung von relevanten Schlüsselpositionen bei den inner core-Bestimmungen und die Inklusion der einfachen Mitglieder von Rebellengruppen. Das CPA weise hohe Inklusion auf internationaler Ebene, aber durch die Fokussierung auf den Nord-Süd-Konflikt und den Ausschluss von zivilgesellschaftlichen Gruppen auf nationaler Ebene exkludierenden Elemente auf. Insgesamt sei es stark elitenzentriert und vernachlässige ethnische und gesellschaftliche Randgruppen. Als Folge dessen sei es in der Vergangenheit zu internen Konflikten und Gewalt in der Peripherie gekommen. Nichtsdestotrotz habe das CPA den langanhaltenden Bürgerkrieg im Sudan vorerst beendet. Plank und Henneberg schlagen deshalb ein Stufenmodell der Inklusion vor, das kurzfristig eine „inner core“-Inklusion, mittelfristig die Inklusion auch der unteren Ebenen der Konfliktparteien und langfristig die Miteinbeziehung zivilgesellschaftlicher Stakeholder vorsieht.

Dr. Elke Grawert (BICC, Bonn) stellte ebenfalls den Sudan in den Mittelpunkt ihres Vortrags. Unter Rückgriff auf den Figurationsbegriff von Norbert Elias beleuchtete sie kritisch die Rolle der Peacekeeping-Mission UNAMID für die Fortdauer des Konflikts in Darfur. Anhand der Konfliktgeschichte zeichnete Grawert nach, wie die internationalen Akteure von der herrschenden Elite in Khartum für die Zementierung der bestehenden Figuration genutzt würden, wobei die sudanesishe Regierung im Zentrum stehe und weite Teile der peripheren Regionen ausgeschlossen seien. So kritisierte Grawert die Abtrennung des Konflikts in Darfur von den Verhandlungen über das CPA und die separate Peacekeeping-Mission in der Region, die leichter von der Regierung in Khartum beeinflusst werden könne. Auch die diversen Friedensabkommen, die die sudanesishe Regierung, unter Vermittlung internationaler Akteure, mit einzelnen Rebellengruppen unter Ausschluss der anderen bewaffneten Gruppen schließe, seien für eine

Gesamtlösung des Konflikts kontraproduktiv. Durch die Nichtbeachtung ziviler Gruppen sei der Anreiz zur Militarisierung erhöht worden. Verschiedene Maßnahmen von UNAMID, wie die Errichtung von Modelldörfern für Flüchtlinge, hätten zudem den Status Quo, die Enteignung marginalisierter Bevölkerungsgruppen als Bestandteil einer Teile-und-Herrsche Politik, und damit die bestehende Figuration gefestigt. Zielführender sei es, politische Gesamtlösungen und die Inklusion nicht nur einzelner Gruppen in den Vordergrund zu stellen.

Panel: Inklusion und Exklusion in Friedensverhandlungen und Transitionsprozessen II

Der zweite Teil des Panels wurde von *Prof. Dr. Tanja Brühl* (Universität Frankfurt a. M.) moderiert.

Dr. des. Irene Weipert-Fenner (Universität Marburg) beschäftigte sich in ihrem Paper „Konfliktverschärfung oder Demobilisierung? Die rechtliche und diskursive Exklusion der Arbeiter*innen im ägyptischen Transformationsprozess 2011-2013“ mit der Problematik, inwiefern Exklusion von Arbeitern*innen ursächlich für die Verschärfung und Zunahme der Arbeiter*innenproteste im Zuge des Transformationsprozesses sei. Dabei ging Weipert-Fenner zu Beginn der Frage nach, wieso die Stellung der Arbeiter*innen keine Verbesserung fand. Dies habe zum einen an der Verdrängung sozio-ökonomischer Themen, zum Beispiel durch den Konflikt zwischen säkularen und religiösen Gruppen gelegen. Zum anderen stelle sich die Frage, inwieweit die Forderungen der Arbeiter*innen in Ägypten über rein materielle Wünsche hinausgingen. Tatsächlich seien repräsentative Forderungen erst seit den 2000er-Jahren öffentlich formuliert worden. Neben diesen beiden Faktoren habe es allerdings auch eine bewusste Exklusion der Arbeiter*innen in Ägypten gegeben, die sich auf der diskursiven und der juristischen Ebene zeige. Die Interessen der Arbeiter*innen gelten im Diskurs in der ägyptischen Gesellschaft als Partikularinteressen und würden dementsprechend misstrauisch beäugt. Streiks seien in der öffentlichen Wahrnehmung schädlich für das Gemeinwohl und das Volk. Die rechtliche Exklusion zeige sich unter anderem anhand der Tatsache, dass die Artikulation von Arbeiter*inneninteressen außerhalb von Institutionen kaum mehr möglich sei. Die Teilnahme an wilden Streiks und Sit-ins sei durch die Verabschiedung repressiver Gesetze mit drakonischen Strafen für vage formulierte Strafbestände und der Statuierung von Exempeln massiv eingeschränkt worden. Diese aktive Form der Exklusion habe weiteren Protest erzeugt, der nun auch bisher unbehelligte Bereiche erfasse. Einer Zusammenarbeit mit politischen Akteuren seien die Arbeiter*innen gegenüber stark abgeneigt, da alle Regierungen seit dem Sturz Mubaraks ihren Interessen entsprechend nach alten Mustern regiert hätten. Ohne strukturelle Reformen werde es auch weiterhin zu Protesten kommen. Allerdings, so Weipert-Fenner, müsste die Frage nach Inklusion auch bei den Arbeiter*innen breiter ausformuliert und ein noch stärkerer Fokus auf repräsentative Forderungen gelegt werden.

Witold Mucha (INEF, Duisburg) legte den Schwerpunkt in seinem Paper „Why the Excluded Would Not Take up Arms. The Need for a New Research Agenda“ vor allem auf die Kritik an etablierten Instituten und Think Tanks, die bei der Vorhersage des sogenannten „Arabischen Frühlings“ versagt hätten. Die Indizes der Weltbank, der Political Instability Task Force, des Failed State Index sowie der International Crisis Group seien defizitär und in ihrer Analysefähigkeit dementsprechend eingeschränkt. Als problematisch erachtete Mucha die Reduktion der Modelle auf strukturelle Faktoren. Ein mehrdimensionaler Blick sei notwendig, also die Frage nach den Ursachen für Eskalation, aber auch Deeskalation, sowie die Mitbeziehung sowohl von Strukturfaktoren als auch dynamischer Faktoren.

In der Diskussion wurde vor allem darauf hingewiesen, dass es durchaus Studien gegeben habe, die das revolutionäre Potential in den vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Ländern erwähnt hätten.

Panel: Zur geschlechtlichen Strukturierung gewaltgeprägter sozialer Verhältnisse

Dr. Silke Oldenburg (Universität Basel) beschäftigte sich in ihrem Paper „Liebe in Zeiten des Ausnahmezustandes – Sex, Geschlechterbeziehungen und humanitäre Intervention in Goma, DR Kongo“ mit der (sexuellen) Interaktion zwischen lokalen Bewohnerinnen und Mitgliedern der UN-Peacekeeping-Mission in Goma. Dabei stellt Oldenburg fest, dass bei der Reduktion des weiblichen Körpers auf ein Handelsgut oft Fremdzuschreibungen wie „sexuelle Ausbeutung“ oder „Prostitution“ verwendet würden, auch wenn die Eigenwahrnehmung der Frauen sehr viel differenzierter sei. Diese würden den eigenen Entscheidungsspielraum betonen und eine Beziehung zu einem Mitglied der Peacekeeping-Mission als Privileg empfinden. Diese sei mit Anerkennung, Sicherheit und materiellen Zuwendungen verbunden. Dadurch ändere sich auch die Erwartungshaltung an die Geschlechterbeziehungen: Das männliche Ideal des Familienversorgers werde hinterfragt, da die Männer bzw. Familienväter bei diesem Geschäft ausgeschlossen seien. Dementsprechend sei eine differenzierte Wahrnehmung der Frauen vonnöten.

Dr. Cordula Dittmer (FU Berlin) untersuchte in ihrem Paper Geschlechterverhältnisse beim Militär im Auslandseinsatz. Dabei ging sie von einem konstruktivistischen Geschlechterbild aus, dass durch Diskurse etabliert werde. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Veränderung der Aufgabe der Streitkräfte hin zu Peacekeeper*innen wachse die Bedeutung deeskalierender Methoden. Reine Soldatinnengruppen würden bei den Streitkräften der Vereinigten Staaten bereits eingesetzt, um zum einen das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Besatzungstruppen abzuschwächen und zum anderen den Kontakt zu der weiblichen Zivilbevölkerung zu etablieren. Im Diskurs über Gruppen von Soldatinnen zeigten sich Unterschiede zwischen dem US-Militär, das diese positiv als Mittel zur Informationsbeschaffung sehe, und der Bundeswehr, die Frauen als Sicherheitsrisiko wahrnehme, die den männlichen, gleich ausgebildeten Soldaten unterlegen seien. Mit dieser Argumentation verzichte die Bundeswehr auch auf das Entsenden reiner Soldatinnengruppen.

Panel: Konflikte um Natur

Der Moderator *Dr. Bernhard Rinke* (Universität Osnabrück) eröffnete das Panel mit dem Kommentar, alle drei Paper würden die in den Medien oft reproduzierte Kausalität Ressourcenknappheit – Gewalt hinterfragen und die Auswirkungen von Ressourcenkonflikten auf innerstaatliche Prozesse untersuchen. *Tobias Ide* und *Christiane Fröhlich* (beide Universität Hamburg) widmeten sich in ihrem Paper „Water Conflict or Water Cooperation? A Discursive Understanding of Water Conflict and Cooperation in Israel and Palestine“ den Bedingungen für Wasserkonflikte. Nach Ide würden Kooperation und Konflikt durch die sozialen Identitäten, die Eigenwahrnehmung und die Betrachtung der politischen Kontexte sowie der Handlungsmöglichkeiten beeinflusst. So besitze Wasser in Palästina auch einen hohen symbolischen Wert, da es in der Wahrnehmung eng verknüpft mit dem Verständnis vom eigenen Staat verbunden sei. Der Konflikt um das Wasser werde als Nullsummenspiel wahrgenommen. Zudem sei die Wasserpolitik Israels nach dem Empfinden der Palästinenser*innen ursächlich für den Mangel. Auf der israelischen Seite werde dagegen Wasserknappheit als „natürlicher Mangel“ wahrgenommen. Allerdings sehe auch Israel den Konflikt als Nullsummenspiel und überfrachte das Gut Wasser mit Symbolik. Trotz der sehr ungleichen Wasserverteilung ließe sich mit dem Good Water Neighbours-Projekt aber auch ein kooperativer Regulierungsansatz vorfinden. In den an diesem Projekt beteiligten Gemeinden werde Wasser nicht mehr als Teil eines Nullsummenspiels gesehen. Stattdessen stünden mögliche positive Effekte für beide Seiten im Fokus. Der Diskurs in den entsprechenden Dörfern stünde also im Gegensatz zu dem nationalen Diskurs.

Das „Konfliktpotential exklusiver Land Grabbing-Praktiken“ am Fallbeispiel Äthiopien war Inhalt des Papers von *Anne Hennings* (Universität Münster). Land Grabbing werde von autoritären Regierungen als Legitimation für eine zielgerichtete Exklusion bestimmter Bevölkerungsteile von Entscheidungsprozessen genutzt. Diese soziale Exklusion berge Risiken, die sich auf der Makro-, Meso- und Mikroebene zeigten. Hintergrund dieser Politik der Exklusion sei es, periphere Gruppen durch die Schaffung von Abhängigkeiten in den Überwachungsstaat einzubinden. Die aus den Land Grabbing-Praktiken resultierende Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln fördere in der von Subsistenzwirtschaft geprägten äthiopischen Gesellschaft, insbesondere bei den pastoralen Gruppen, kulturelle Exklusion. Dadurch steige das Risiko für (interethnische) Konflikte. Diese würden zudem durch die vom Land Grabbing verursachte Verknappung von Böden, Weideflächen und Wasserressourcen begünstigt.

Adrien Detges (FU Berlin) verfolgte mit seinem Paper das Ziel, die Bedingungen für den Ausbruch bewaffneter Konflikte um erneuerbare Ressourcen schärfer herauszuarbeiten. Der inhaltliche Fokus seines Papers lag auf dem Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen mit konstruierten Identitäten, bei denen Detges eine im Vergleich zu anderen Konflikten hohe Gewaltneigung sieht. Die Folgen von Knappheit seien am stärksten auf lokaler Ebene zu spüren. In vielen Ländern Afrikas bestünden wichtige Voraussetzungen, die Konflikte begünstigten. Zum einen seien sie abhängig von der Landwirtschaft. Außerdem diene die Verteilung von Ressourcen oftmals der Legitimation des politischen Systems. Auch gebe es viele periphere Gebiete, bewohnt von oftmals exkludierten Bevölkerungsgruppen, in denen nur in begrenztem Maß Sicherheit gewährleistet werden könne. Insgesamt müsse der Fokus jedoch mehr auf die Verteilung von Ressourcen und zur Prävention auf die Verringerung von Ungleichheiten im Umgang mit diesen gelegt werden.

Panel: Religion zwischen Inklusion und Exklusion: kultursensible Mediation

In dem von *Prof. em. Richard Friedli* (Universität Fribourg) moderierten Panel stellte *Owen Frazer* (Mediation Support Team, ETH Zürich) eine gemeinsam mit Friedli erarbeitete Typologie verschiedener Religionsverständnisse vor, die die Arbeitspraxis von Mediator*innen erleichtern soll. Deren Herangehensweise an die Konfliktregulierung könne mit dem so erworbenen Wissen dementsprechend angepasst werden. Für die Erstellung dieses Tools wurden fünf in der Mediation/Konflikttransformation tätige Organisationen sowie deren Auffassung von Religion untersucht. Friedli legte zudem ein Schema von 22 Religions-Theorien vor, die in den fünf erwähnten Fallstudien präsent seien.

Dr. Anne Isabel Kraus (Center for Peace Mediation, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt a.O./ Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin) lobte als Discussant vor allem den praxisnahen Ansatz, der den/die Mediator*in vor die Frage stelle, wie er/sie mit dem Verständnis von Religion der Konfliktparteien umgehen solle.

In der anschließenden Diskussion stellte Frazer noch einmal heraus, dass der Faktor Religion in Transformationsprozessen oftmals vernachlässigt würde und mit diesem Projekt der Umgang mit Religionskonflikten in der praktischen Arbeit vereinfacht werden solle. Es wurde zudem die Frage aufgeworfen, inwiefern bei Religionskonflikten, bei denen es sich schließlich um Wertekonflikte handle, Kompromisse geschlossen werden könnten.

Abschlussplenum: Exklusion, Abwertung, Konflikt. Migrationsrealitäten in Deutschland und Europa

In das von *Prof. Dr. Bethold Meyer* (HSFK, Frankfurt a.M.) moderierte Abschlussplenum konnten *Dr. Vasilis Tsianos* (Universität Hamburg), *Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach* (Universität Gießen) und *Prof. Dr. Ulrich Wagner* (Universität Marburg) unterschiedliche disziplinäre und praktische Erfahrungen einbringen. Tsianos erklärte, die „digitale“ Außengrenze der Europäischen Union manifestiere sich in der Konfrontation der Migrant*innen mit den Registrierungs- und Identifikationskontrollen. Jene seien auf der einen Seite eine Form der Exklusion und erhöhten die „Kosten“ für die Migrierenden, die sich durch Zeit und Dauer des Prozesses ausdrücke. Auf der anderen Seite erhofften sich viele Migrant*innen durch die Registrierung einen Anspruch auf Inklusion in die jeweilige Gesellschaft. Allerdings, so Tsianos, fühlten sich viele Menschen in den aufnehmenden Gesellschaften schlecht behandelt, da beispielsweise die Bewegungsfreiheit eingeschränkt sei oder aber die Familienzusammenführung verhindert werde. Zusätzlich nehme die Zahl an Menschenrechtsverletzungen an Migrant*innen auf dem Weg nach Europa zu. Ulrich Wagner lieferte mit dem Beispiel des In-Group-Bias- und des Stanford-Experiments Ansätze, weshalb sich Migrant*innen mit Stereotypen konfrontiert sehen und die Mehrheitsgesellschaft sich nicht gegen hetzende Berichterstattung auflehne. Hanne-Margret Birckenbach erinnerte daran, dass es die Aufgabe der Friedensforscher*innen sei, den öffentlichen Diskurs zu Themen der Migration von sicherheitspolitischen Fragen zu lösen. Diese „sicherheitspolitische Umarmung“ existiere auf nationaler Ebene wie auch auf Europaebene und lege den Fokus auf Flüchtlinge als Bedrohung für die Gesellschaft. Dieser Eindruck werde unter anderem durch die semantische Gleichstellung von Asylsuchenden und Kriminellen in Gesetzestexten untermauert. Die „allgemeine Ratlosigkeit“, die im Moment bezüglich der Frage nach dem Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen herrsche, sei eventuell ein Anknüpfungspunkt für die Friedens- und Konfliktforschung.

Der Aspekt der „sicherheitspolitischen Umarmung“ wurde vom Auditorium aufgegriffen und diskutiert. Subtile Mechanismen der Ausgrenzung müssten erkannt und ihnen entgegengewirkt werden. Allerdings müsse in der Debatte zwischen Migrant*innen und Asylsuchenden unterschieden werden. Dies berge allerdings die Gefahr, den Fokus des öffentlichen Diskurses noch stärker auf die ökonomische Nutzbarkeit der Migrant*innen zu richten. Vielmehr solle versucht werden, dem Sicherheitsdiskurs den Gewaltimpetus zu nehmen, hin zu einem Sicherheitskonzept *mit* dem anderen. Jedoch sei zum Teil schon ein Wechsel des Diskurses, hin zu dem wirtschaftlichen Nutzen verschiedener Personengruppe zu beobachten. Dies werde die Inklusion von Menschen, deren materielle Nützlichkeit nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, zukünftig weiter erschweren. Wünschenswert sei eine Öffnung des Diskurses hin zu der Frage, wie Einwanderung ohne Inklusion gestaltet werden können. Auf Grund der Definition von Nationalstaatlichkeit sei dies in Deutschland jedoch schwierig.

Das Plenum bildete einen intensiven und kritischen Abschluss des diesjährigen Kolloquiums der AFK, das sich dem Thema Inklusion/Exklusion nicht nur auf methodisch und fachlich vielfältiger Weise annäherte, sondern auch den in hoher Zahl vertretenen (Nachwuchs-)Wissenschaftler*innen eine Plattform für Vernetzung und Austausch bot. Zudem fand im Rahmen des Jahreskolloquiums die Mitgliederversammlung der AFK statt, von der ein neuer Vorstand gewählt und Anträge zur Zukunft der Vereinsarbeit verabschiedet wurden.